



**F r e i e   H a n s e s t a d t   B r e m e n**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,  
anlässlich der Debatte zum**

**" Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des  
Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der  
Kindererziehungszeiten "**

**in der 1057. Sitzung des Bundesrates  
am 26. September 2025**



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 26. September 2025 in der 1057. Sitzung des Bundesrates

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

von dem heute hier vorliegenden Gesetzentwurf geht ein wichtiges Signal aus.

Festgelegt wird, dass bis zum Jahr 2031 das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken darf. Sichergestellt wird dies durch eine jährliche Rentenanpassung.

Diese Maßnahme ist dringend notwendig, denn ohne sie würde das Rentenniveau bald die genannte Marke unterschreiten.

Ich möchte daher der Bundesregierung ausdrücklich dafür danken, dass der Gesetzentwurf so zügig auf den Weg gebracht wurde.

Denn eins muss in Deutschland gelten: Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der muss später im Alter auch ordentlich abgesichert sein!

Für die meisten Menschen in Deutschland ist die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Ob in der Pflege, im Handwerk, in der Industrie oder im Einzelhandel – in allen Branchen ist die große Mehrheit der Beschäftigten auf sie angewiesen. Für sie ist der heutige Tag deshalb ein guter Tag.

Freuen werden sich auch viele Frauen über die zusätzliche Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder. Über die sogenannte Mütterrente wird ja viel gelästert. Aus meiner Sicht zu Unrecht, denn sie stellt letztlich sicher, dass uns jedes Kind gleich viel wert ist.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 26. September 2025 in der 1057. Sitzung des Bundesrates

Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen allerdings nicht die Augen vor den langfristigen Herausforderungen der Alterssicherung verschließen. Wir brauchen eine nachhaltige Lösung für die Finanzierung der Rentenversicherung.

In der Vergangenheit ist es uns gelungen, die Auswirkungen des demographischen Wandels durch eine Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität zu kompensieren. Obwohl der Anteil der Rentenbezieher an der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen ist, liegen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung seit 30 Jahren stabil bei etwa 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die deutliche Erhöhung der Erwerbsquote von rund 50 Prozent im Jahr 1995 auf heute rund 55 Prozent.

Auch in Zukunft kann und muss eine konsequente Politik für Produktivität, Wachstum und Vollbeschäftigung eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung und Sicherung der gesetzlichen Rente spielen.

Dies schließt notwendige und sinnvolle Reformen im System der Rentenversicherung natürlich nicht aus. Eins wird mit uns aber nicht zu machen sein: eine Politik der Rentenkürzung. Es bleibt von herausragender Bedeutung, bei der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung dafür Sorge zu tragen, dass die gesetzliche Rente im Alter den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Und wir müssen das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung für die Rentenbeziehenden, insbesondere für Frauen, minimieren.

Gleichzeitig ist es wichtig, eine Überforderung der jüngeren Generation durch einen stetigen Anstieg der Beiträge zur Sozialversicherung zu vermeiden.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 26. September 2025 in der 1057. Sitzung des Bundesrates

Hier ist aus unserer Sicht auch die „doppelte Haltelinie“ - also Stabilität nicht nur bei der Renten- sondern auch bei der Beitragshöhe - von großer Bedeutung. Darauf hat der Bundesrat auch in seinem Beschluss vom Juli vergangenen Jahres hingewiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die von Ministerin Bas eingesetzte „Rentenkommission“ hat also einiges auf dem Tisch.

Ich kann für die Freie Hansestadt Bremen versprechen, dass wir den Prozess konstruktiv begleiten werden.

Wo wir können, wollen wir mithelfen Vorschläge zur langfristigen Stabilität und Verlässlichkeit der Rentenversicherung zu erarbeiten.

Heute freuen wir uns erstmal über das vorgelegte Rentenpaket und die Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031.

Denn finanzielle Sicherheit im Alter ist eine Anerkennung von Lebensleistung und ein Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität.

Herzlichen Dank!